

O EINLEITUNG

Die Gruppe Bündnis 90/Die Grünen hat während des gesamten Verlaufs der Untersuchungsausschuß-Arbeit eine Minderheitenposition vertreten. Ihr ging es neben der Aufklärung der Aktivitäten des KoKo-Bereichs und seiner Verflechtung mit dem MfS gleichberechtigt um die Untersuchung der Frage, inwieweit westliche Regierungen, Firmen, Institutionen und Personen die Arbeit des KoKo-Bereiches überhaupt erst möglich gemacht oder sogar gezielt gefördert haben und ob sie hierbei wußten, daß es sich bei KoKo um ein Instrument des MfS handelte. Zu einem frühen Zeitpunkt der Untersuchungen wurde von der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen hierbei insbesondere die Rolle der westdeutschen Nachrichtendienste im Bereich KoKo thematisiert.

Die Beschäftigung mit diese Themen wurde von der Ausschuß-Mehrheit, aber auch von der SPD-Fraktion im Untersuchungsausschuß, immer wieder als "Nebenkriegsschauplatz" und angeblich nicht mit dem Untersuchungsauftrag vereinbar bezeichnet. So ist es nicht verwunderlich, daß sich auch der von den Fraktionen der CDU/CSU, FDP und SPD gemeinsam getragene Endbericht des Untersuchungsausschusses diesen Fragen nur am Rande widmet oder zu verharmlosenden Schlußfolgerungen kommt, die von uns nicht geteilt werden können.

Erst am 29. April 1994 - nach fast drei Jahren Ausschußarbeit - haben die Parteien CDU/CSU, FDP und SPD im Untersuchungsausschuß erkannt, daß zu einem Handel immer zwei Seiten gehören. In ihrem Abschlußbericht - Stand 29.4.1994 - ist folgendes zu lesen:

"Die im Ablauf des Untersuchungsverfahrens punktuell angesprochene Frage, welche westlichen Partner wie weit Aktivitäten des Bereichs Kommerzielle Koordinierung ermöglicht oder unterstützt haben, war ebenfalls nicht Gegenstand des Untersuchungsauftrags. Da sich herausgestellt hat, daß ein großer Teil der Aktivitäten des Bereichs Kommerzielle Koordinierung ohne eine solche Mitwirkung westlicher Partner nicht hätte durchgeführt werden können, wäre dies eine Frage, die bei Einsetzung eines neuen Untersuchungsausschusses berücksichtigt werden könnte."

So lange wollten wir nicht warten und legen daher schon heute eine Untersuchung über die Verflechtung des Bereiches KoKo mit westlichen Firmen und Geheimdiensten vor. Wir untersuchen in unserem abweichenden Bericht auch, welche Kenntnisse die jeweiligen Bundesregierungen in den vergangenen Jahrzehnten über den Bereich KoKo hatten und was sie daraufhin unternommen haben.

Aufgrund der Aktenlage des Untersuchungsausschusses kann dieser Bericht nur einige wenige exemplarische Bereiche darstellen. Es gibt darüberhinaus wesentliches Beweismaterial, das die Bundesregierung dem Untersuchungsausschuß vorenthalten hat. Dies betrifft vor allem das umfangreiche Wissen des Bundesnachrichtendienstes und des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Ausgangspunkt unseres abweichenden Berichts ist der vom Deutschen Bundestag beschlossene Untersuchungsauftrag. Dieser sieht ausdrücklich eine Untersuchung der Frage vor, welches Wissen die Bundesregierung und Stellen des Bundes in der Vergangenheit über den Bereich KoKo und seinen Leiter Dr. Alexander Schalck-Golodkowski - insbesondere im Bereich des Internationalen Waffenhandels - hatten und welchem Zweck die Kontakte der Bundesregierungen und staatlicher Stellen zu Alexander Schalck-Golodkowski und dem Bereich KoKo dienten. Es soll weiter geklärt werden, welcher Firmen, Institutionen und Tarnorganisationen sich der Bereich KoKo im Ausland bediente. Weiter soll der Untersuchungsausschuß aufhellen, wem die Ergebnisse der Tätigkeit des Arbeitsbereiches KoKo zugute kamen und auf welchem Wege die Finanzbewegungen des Bereichs erfolgten. Schließlich soll Beweis erhoben werden zur Frage, welche Maßnahmen die Bundesregierung ergriffen hat, um die Vermögenswerte von KoKo sicherzustellen.

Unsere Hauptuntersuchungsfrage lautete nach Kenntnisnahme der ersten dem Untersuchungsausschuß zugegangenen Akten: In welchem Ausmaß waren westdeutsche Dienste im Bereich KoKo aktiv und ist aus dieser Geschichte der engen Verflechtung zwischen KoKo, MfS und

westdeutschen Geheimdiensten erklärbar, warum ehemalige Seilschaften noch heute aktiv sein dürfen.

Die Gruppe Bündnis 90/Die Grünen wollte außerdem untersuchen, ob die jeweiligen Bundesregierungen die kriminellen Machenschaften des Bereiches KoKo behindert haben, wenn sie davon erfuhren, oder ob sie das von den Geheimdiensten erworbene Wissen folgenlos für sich behielten.

In diesem Zwischenbericht stellen wir unsere Ergebnisse an drei ausgewählten Beispielen dar:

1. Die Geheimdienste und einige ihrer Quellen im Bereich KoKo
2. Der Embargohandel der DDR
3. Die Tätigkeit der SED-Partefirmen in der Bundesrepublik Deutschland.

Im einzelnen wird nach einer inhaltlichen Darstellung des jeweiligen Bereiches nach den Kenntnissen der Bundesregierung gefragt, nach den Maßnahmen, die sie ergriffen hat und schließlich nach dem Verbleib der handelnden Personen und Firmen im vereinten Deutschland.

Da wir alle Sachdarstellungen jeweils mit ausführlichen Quellenangaben versehen haben, erübrigte sich auch ein rechtliches Gehör von im Bericht genannten Personen.

A GEHEIMDIENSTE

I. DER BEREICH KOKO UND DIE GEHEIMDIENSTE

Der Bereich KoKo war in der DDR-Öffentlichkeit weitgehend unbekannt. Für die DDR-Bevölkerung waren lediglich Auswirkungen der Geschäftstätigkeit des Bereiches KoKo spürbar: So war Fleisch oft Mangelware und wertvolle Antiquitäten waren in den Läden nicht erhältlich. Gerüchteweise war bekannt, daß sowohl Fleisch als auch Antiquitäten gegen Devisen in den Westen verkauft wurden. Für die DDR-Bevölkerung war außerdem offensichtlich, daß anders als sie selbst die Nomenklatura der DDR durchaus über westliche Luxusgüter verfügte.

Die Firmen des Bereiches KoKo und ihre Geschäftstätigkeit wurden vor der Öffentlichkeit getarnt. Dies entsprach der vom MfS gesteuerten konspirativen Arbeitsweise von KoKo. Inzwischen ist die intensive Anbindung des Bereiches KoKo an das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) bekannt. Firmen des Bereiches wurden auf Initiative des MfS gegründet, das auch die Kaderauswahl für diese Betriebe steuerte. Mitarbeiter des Bereiches KoKo waren gegenüber anderen im Außenhandel Beschäftigten privilegiert. Ihr Gehalt lag weit über dem anderer Werktätiger. Sie wurden außerdem begünstigt z.B. durch eine bevorzugte Versorgung mit Wochenendgrundstücken, Eigenheimen, PKW und Krediten. Damit wurde gezielt ein Abhängigkeitsverhältnis dieser Mitarbeiter aufgebaut.

Innerhalb des MfS wurde 1983 die Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (AG BKK) gegründet, deren Leiter bis zum Juni 1989 Oberst Wolfgang Meinel war. Ende 1989 hatte die AG

BKK 106 Mitarbeiter und wurde von Oberst Karl Herbrich und seinem Stellvertreter Oberstleutnant York Hartung geleitet.

Außerdem hatten die MfS-Hauptabteilung XVIII und die HVA Verbindungen zu KoKo. In der HA XVIII waren dies die Abteilung 7 (Sicherung des Außenhandels), die Abteilung 8 (Sicherung der Elektrotechnik, Elektronik) und die Abteilung 14 ("Koordinierung der Arbeit im und nach dem Operationsgebiet"). Von der HVA hielten insbesondere der Bereich K(ahlmeyer) bzw. die Abteilung XVI ("Einsatz von legalen Residenturen unter Nutzung der Auslandsvertretungen der DDR") Kontakt zum Bereich KoKo.

Etliche Mitarbeiter der KoKo-Firmen waren gleichzeitig als Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) oder als Inoffizielle Mitarbeiter (IM) für die AG BKK oder für andere MfS-Dienststellen tätig. Mit ihren Berichten an ihre Führungsoffiziere über andere KoKo-Mitarbeiter, über einzelne KoKo-Betriebe und deren Geschäftspartner wurde das MfS in die Lage versetzt, den Bereich KoKo zu überwachen und zu steuern.

Noch heute ist die Beobachtung des MfS und des Bereiches KoKo durch bundesdeutsche Geheimdienste ein Tabuthema.

Selbst vier Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR ist die Bundesregierung nicht bereit, die von ihren Geheimdiensten gesammelten Informationen über das MfS umfassend zu veröffentlichen. So antwortete sie z.B. auf die "Kleine Anfrage" nach "Erkenntnissen der Bundesregierung vor Dezember 1989 über Struktur und Arbeitsweise des Ministeriums für Staatssicherheit":

"Die Bundesregierung erhielt ihre Kenntnisse über Struktur und Arbeitsweise des MfS überwiegend aus Berichten ihrer geheimen Nachrichtendienste.

Abgesehen davon, daß der zeitliche Rahmen, der für die Beantwortung einer Kleinen Anfrage zur Verfügung steht, bei weitem nicht ausreichen würde, um alle hier gestellten, detaillierten Fragen konkret zu beantworten, muß die Bundesregierung erneut darauf hinweisen, daß sie auch die hier nachgefragten Ergebnisse nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes nicht öffentlich darstellen, sondern darüber nur die zuständigen parlamentarischen Gremien unterrichten kann." (BT-Drs. 12/5206)

Jedoch auch gegenüber dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß war die Bundesregierung nicht bereit, ihr Wissen über den Bereich KoKo und das MfS vollständig offenzulegen.

Von den Geheimdiensten wurde die Vorlage von Akten oftmals einfach abgelehnt. Die von den Diensten dem Untersuchungsausschuß zur Verfügung gestellten Akten wurden zum ganz überwiegenden Teil als "Verschlusssachen" übergeben. Sie waren von den herausgebenden Behörden als "Vertraulich amtlich geheimgehalten" klassifiziert worden. Diese Unterlagen waren für die öffentliche Aufklärungsarbeit des Untersuchungsausschusses nicht verwendbar. In diesen Akten befinden sich zahlreiche "Fehlblätter", das sind Leerblätter von nicht dem Ausschuß übergebenen Quellenmeldungen und Mitteilungen ausländischer Dienste.

Gegenüber dem Ausschuß wurde dieses Vorgehen von der Bundesregierung wie folgt gerechtfertigt: "Für den Dienst ist die Offenlegung von Akten ein sehr viel empfindlicherer Vorgang als für andere Bundesbehörden. Durch das allgemein große Interesse gerade an diesem Ausschuß ist die Gefahr eines Abflusses auch sensibler, schutzbedürftiger Informationen aus den vorgelegten Akten/Daten in besonderem Maße gegeben. Eine Veröffentlichung von Unterlagen läuft aber dem Grundprinzip jeglicher nachrichtendienstlicher Tätigkeit - dem Vertrauen nachrichtendienstlicher Verbindungen, befragter Personen und Partnerdienste auf einen absoluten Quellenschutz - zuwider. Die Nichtbeachtung dieses Prinzips ist geeignet, die zukünftige Arbeit des Dienstes negativ zu beeinflussen, da sie Signalwirkung auf nachrichtendienstliche Verbindungen und Partnerdienste hat. So ist zu befürchten, daß die Werbung von Quellen erheblich erschwert werden dürfte und daß die Partnerdienste den Informationsaustausch zukünftig restriktiver betreiben werden." (MAT A 16, Anschreiben)

So wurde von Seiten der Bundesregierung unter dem Vorwand des Quellenschutzes die Arbeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, dessen Auftrag die öffentliche Aufarbeitung des Komplexes KoKo mit seinen konspirativen Beziehungen zum MfS ist, mehrfach behindert.

Die dem Untersuchungsausschuß dennoch vorliegenden Akten belegen, daß westliche Regierungen durch ihre Geheimdienste, die die internationale Tätigkeit des Bereiches KoKo überwachten, detaillierte Kenntnisse über den Bereich KoKo hatten. Struktur, Aufgaben, personelle Besetzung, geschäftliche Operationen, Verbindung zu ausländischen Firmen waren den Diensten nicht nur bekannt, sondern Geheimdienst-Leute wirkten bei KoKo-Firmen und deren Geschäftspartnern mit.

Der Bundesnachrichtendienst (BND) beobachtete u.a. die in der DDR tätigen KoKo-Firmen.

Der Präsident des BND, Porzner erklärte gegenüber dem Untersuchungsausschuß:
"...also die Beobachtung der Organe des Staats- und Parteiapparates in der früheren DDR - war Auftrag des Bundesnachrichtendienstes. Dieser umfaßte selbstverständlich auch die SED, MfS, NVA - also die Nationale Volksarmee -, FDJ, FDGB, den Bereich KoKo und die Blockparteien." (Prot. 8/14f)

"Die KoKo ist seit langem, seit vielen, vielen Jahren beobachtet worden,..." (Prot. 8/25)

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und die Landesämter für Verfassungsschutz (LfV) beobachteten u.a. die in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen SED-Parteifirmen des Bereiches Kommerzielle Koordinierung.

Die von BND und BfV über die KoKo-Firmen gesammelten Erkenntnisse wurden grundsätzlich den jeweiligen Bundesregierungen mitgeteilt:

"Der Bundesnachrichtendienst hat konkret über die Verhältnisse in der DDR informiert und hat auch auf diesem Gebiet seinen Beitrag geleistet. Alle, die befugt waren, diese Dinge, diese Kenntnisse in Anspruch zu nehmen, die konnten sie in Anspruch nehmen." (Prot. 8/100)

Die Geheimdienste bezogen ihre Informationen über den Bereich KoKo von Überläufern und von eigenen Agenten, die bei KoKo mitwirkten.

Der BfV-Präsident Werthebach sagte dem Untersuchungsausschuß dazu:
"Ich habe aber bereits einmal erklärt, daß wir in der Tat in diesen SED-Parteifirmen Quellen geführt haben." (Prot. 9/66)

Der BND-Präsident Porzner erklärte zum selben Thema:
"..., weil der Bundesnachrichtendienst recht gute Informationen aus der DDR hatte, aus dem Bereich, für den Schalck zuständig war, weil ein Informant den Bundesnachrichtendienst seit Anfang der achtziger Jahre sehr, sehr gut informiert hat, ein Informant, der in den Westen gekommen ist und der inzwischen verstorben ist." (Prot. 8/19)

Allerdings hatte der BND innerhalb von KoKo nicht nur diese eine, inzwischen verstorbene Quelle (Günter Asbeck; siehe dort), wie sich im Verlauf der Tätigkeit des Untersuchungsausschuß herausstellte.

Am 23.12.92 teilte der BND dem Ausschuß folgendes mit:
"Der Bundesnachrichtendienst hatte sechs nachrichtendienstliche Verbindungen im Bereich KoKo, die dem Bundesnachrichtendienst berichtet haben. Diese waren wie folgt plaziert:
- Ein Außenhandelskaufmann (Sektionsleiter) bei Fa. ASIMEX
- Ein Gruppenleiter Kontor-Chemie bei Fa. INTRAC
- Ein stellvertretender Generaldirektor bei Fa. BERAG
- Ein Direktor bei Fa. INTERCOOP AHG
- Ein Generaldirektor der Fa. ASIMEX
- Ein Generaldirektor der Kunst- und Antiquitäten GmbH." (A 210, S. 1-2)

Auffällig ist bei dieser Aufzählung, daß die genannten Quellen in den jeweiligen KoKo-Firmen auf höchster Ebene tätig waren. Sie waren also in der Lage, den BND über diese Firmen ausführlich zu informieren. Ferner konnten sie über deren Geschäftspartner berichten.

Darüber hinaus konnten den westdeutschen Geheimdiensten auch Quellen, die zwar nicht selbst im Bereich KoKo arbeiteten, aber über KoKo-Kenntnisse verfügten, über Bereich berichten.

Schließlich wurden weitere Mitarbeiter aus dem Bereich KoKo von westdeutschen Diensten befragt, nachdem sie legal bzw. illegal in den Westen übergesiedelt waren.

Auch andere westliche Geheimdienste interessierten sich für den Bereich KoKo und dessen Verknüpfung mit dem MfS und der HVA.

In den von BND und BfV an den Untersuchungsausschuß übergebenen Akten zum Bereich KoKo befinden sich zahlreiche sogenannte "Fehlblätter". Dies belegt, daß westliche Geheimdienste auch zum Bereich KoKo ihre Erkenntnisse gegenseitig austauschten.

Die Beobachtung von KoKo durch westliche Geheimdienste wurde wiederum in der DDR durch die HVA und die HA II und die HA III des MfS registriert.

Die HA II des MfS betrieb Spionageabwehr, die "Aufdeckung und Abwehr geheimdienstlicher Angriffe gegen die DDR auf politischem, ökonomischem und militärischem Gebiet...". Innerhalb dieser HA II war die Abt. 6 zuständig für die "Abwehr von Spionageangriffen auf politische und ökonomische Bereiche und Wissenschaftseinrichtungen der DDR". (Die Organisationsstruktur des MfS 1989, S. 51, 59)

Die HA III überwachte den Fernmeldeverkehr, belauschte also Telefonate im In- und Ausland.

Bei der HVA war die Abt. IX zuständig für die "Aufklärung und Bearbeitung von gegenerischen Diensten (Gegenspionage)". Wir wissen heute, daß es der HVA sogar gelang, direkt Quellen in westdeutschen Geheimdiensten zu werben und zu führen (z.B. Gabriele Gast, Klaus Kuron), so daß vieles aus der Tätigkeit der geheimen Nachrichtendienste der westlichen Staaten direkt auf den Schreibtischen der HVA landete.

Daher konnte die HVA Abt. IX innerhalb des MfS vor konkreten Kontakten ausländischer Dienste zu DDR-Bürgern warnen, wie z.B.:

"Der HVA IX/B liegen Erkenntnisse vor, daß der französische Geheimdienst D.S.T. Interesse für den Mitarbeiter des AHB Transinter Johne, Siegfried bekundete. Johne ist für kommerzielle Aktivitäten auf dem französischen Markt zuständig und unternimmt daher regelmäßige Dienstreisen nach Frankreich." (MAT A 148, BKK 852, S. 49)

Oder:

"Der HVA IX/B wurde zuverlässig bekannt, daß der italienische Geheimdienst SISMI den Mitarbeiter des AHB Transinter Sonntag, Klaus verdächtigt, für das MfS tätig zu sein. Der SISMI ist sich dieses Verdachtes nicht ganz sicher, geht jedoch in seinen Kontroll- und Bearbeitungsmaßnahmen von einem MfS-Hintergrund aus." (MAT A 148, BKK 852, S. 50)

Die HVA Abt. IX war außerdem auch in die Führung von Doppelagenten aus dem Bereich KoKo eingebunden.

II. DOPPELAGENTEN IM BEREICH KOKO

Im Bereich KoKo waren einige IM des MfS gleichzeitig für westliche Geheimdienste tätig. Diese Doppelagenten berichteten sowohl ihren Führungsoffizieren des MfS als auch Mitarbeitern westlicher Geheimdienste über die Tätigkeit einzelner KoKo-Firmen, über Mitarbeiter und Geschäftspartner.

Aus den dem Untersuchungsausschuß vorliegenden Unterlagen geht hervor, daß die KoKo-Mitarbeiter

- Axel Pösz,
- Eberhard Seidel,
- Hans-Joachim Menzel

mit Wissen und im Auftrag des MfS Verbindungen zum BND bzw CIA hatten.

In die MfS-Planung für die Verbindung der KoKo-Mitarbeiter zu westlichen Geheimdiensten waren neben der AG BKK, auch die HA II/6, die HA II/AG und die HVA/IX/B eingebunden. Es erfolgte eine regelmäßige Abstimmung und Koordinierung zwischen den einzelnen Abteilungen.

Die Doppelagenten erhielten für ihre Gespräche mit westlichen Geheimdienstmitarbeitern vom MfS konkrete Aufträge.

Dabei ging es dem MfS vor allem darum, westliche Geheimdienstmitarbeiter aufzuklären, Informationen über deren Arbeitsweise zu erlangen und herauszufinden, über welche konkreten Kenntnisse zum Bereich KoKo und über welche weiteren Quellen die andere Seite verfügte.

Die Treffen zwischen diesen KoKo-Mitarbeitern und den westlichen Geheimdienstmitarbeitern fanden während Geschäftsreisen im westlichen Ausland, meist in Hotels, statt.

Für ihre Informationen über den Bereich KoKo wurden sie von den westlichen Geheimdiensten bezahlt. Das Geld rechneten die IM bei ihren MfS-Führungsoffizieren ab. Ihnen berichteten sie auch ausführlich über die mit den westlichen Geheimdienstmitarbeitern geführten Gespräche.

Dem Untersuchungsausschuß liegen IM-Berichte der oben genannten Doppelagenten über ihre Verbindungen zu westlichen Geheimdienstmitarbeitern vor.

Erst durch einen Vergleich der entsprechenden BND- bzw. CIA-Unterlagen mit den MfS-Berichten über die von den Doppelagenten geführten Gespräche mit westlichen Geheimdiensten ließe sich konkret feststellen, gegenüber welcher Seite der einzelne Doppelagent ausführlicher berichtet hat.

Da dem Untersuchungsausschuß die BND-Akten zu diesen Doppelagenten jedoch nicht zur Verfügung gestellt wurden, ist diese Analyse hier nicht möglich.

III. AGENTEN, DOPPELAGENTEN, ÜBERLÄUFER

III.1 Heinz ALTENHOFF

* 25.3.32

war ab 1977 als Prokurist der Nolte KG, aus der 1981 die Noha GmbH, Bochum, entstanden ist, tätig. Seitdem war er als Geschäftsführer der Noha tätig.

Die Nolte KG und die Firma Noha gehörten zu den SED-Parteifirmen des Bereiches KoKo.

Von November 1990 bis zu seiner Inhaftierung im Dezember 1991 war Altenhoff als Liquidator der Noha GmbH tätig.

Im Juni 1992 wurde Altenhoff vom Bochumer Landgericht wegen Steuerhinterziehung (5,2 Mio DM) zugunsten der SED zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Im März 1993 wurde dieses Urteil im Kern durch den BGH bestätigt, allerdings das Strafmaß aufgehoben (4 Mio Steuerschuld).

"Wie er in der Hauptverhandlung zugab, war Altenhoff auch für den bundesdeutschen Verfassungsschutz nachrichtendienstlich tätig. Der wollte wohl Freunde auf beiden Seiten haben, vermutet Regul." (der Vorsitzende Richter Hajo Regul, Anm. d. Verf.) (WAZ Bochum vom 12.06.92)

Bündnis 90/Die Grünen beantragte die Beiziehung der Berichte des Heinz Altenhoff beim BfV. Der Antrag wurde vom Ausschuß beschlossen. (BB 12-252)

Staatsekretär Johannes Vöcking aus dem Bundesinnenministerium antwortete dem Ausschuß am 23.02.93:

"... der Beweisbeschuß geht davon aus, daß es "Berichte des Heinz Altenhoff, ehem. Geschäftsführer der Firma NOHA, Bochum" gibt. Dem liegt offenbar ein im Beweisantrag zitierter Pressebericht zugrunde, wonach Herr Altenhoff in einem gegen ihn gerichteten Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung geäußert habe, er sei V-Mann des Verfassungsschutzes gewesen.

Im Interesse des generellen Vertrauensschutzes für V-Leute und der Funktionsfähigkeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz kann zu solchen Behauptungen, unabhängig von der Frage, ob diese zutreffen oder nicht, grundsätzlich nicht Stellung genommen werden. Nur wenn Herr Altenhoff als Zeuge gegenüber dem Untersuchungsausschuß Entsprechendes aussagen und der Untersuchungsausschuß das Bundesamt für Verfassungsschutz zu einer entsprechenden Stellungnahme auffordern sollte, würde das Bundesamt für Verfassungsschutz zu einer solchen Behauptung Stellung beziehen. Ich bitte um Verständnis für diese Handhabung."

III.2 Günter ASBECK

* 13.12.24, verstorben am 14.03.89

war Gründer und Generaldirektor der HVA-Firma ASIMEX, die in ökonomischer Hinsicht dem Bereich KoKo unterstellt war.

Asbeck wurde durch die HVA/Bereich K und dort durch Gerd Neumann gesteuert. (MAT A 332, Bd. VI/1, S. 2)

Außerdem hatte Asbeck dienstliche und private Verbindungen zu hochrangigen Mitarbeitern der HVA (u.a. Markus Wolf, Rudi Genschow, Harry Schütt, Werner Großmann, Achim Kahlmeyer).

Die HA XVIII/7 stellte am 14.01.82 fest:

"Zusammengefaßt kann eingeschätzt werden, daß Asbeck durch seine Tätigkeit für das MfS große Freiheiten besaß, daß vielen Außenhändlern und Geschäftspartnern im In- und Ausland dies nicht verborgen blieb, der Asbeck durch Bemühungen des MfS in seinem Wirkungsbereich nicht eingedämmt werden konnte, daß er bestrebt war festzustellen, wer in seinem Tätigkeitsfeld ebenfalls mit dem MfS zusammenarbeitet; daß es dem Asbeck nicht unlieb war, wenn man im In- und Ausland Kenntnis von seinen Verbindungen zum MfS hatte, da es für ihn ja 'die beste Reklame' sei." (MAT A 300, Bd.7, S. 8)

Asbeck verließ 1981 die DDR. Der BND hatte Asbecks Ausschleusung aus der DDR organisiert.

Die Beiziehung der BND-Akten zu Asbeck wurde von Bündnis 90/Die Grünen beantragt und vom Ausschuß beschlossen (Bb 12-166). Die Akten wurden eingestuft als "VS-Nur für den Dienstgebrauch" an den Ausschuß übersandt.

Diese Unterlagen belegen, daß Asbeck den BND umfassend über Aufgaben, Struktur und Arbeitsweise des Bereiches KoKo informierte. Asbeck bezeichnete Koko als "MfS-Ableger", benannte gegenüber dem BND hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter des MfS und OibE bei Koko.

Asbeck lieferte dem BND detaillierte Beschreibungen von etwa 100 Personen aus dem Bereich KoKo, dem MfS, der HVA und dem Politbüro. Dabei wurden neben äußerer Erscheinung und Charaktereigenschaften auch Funktionen, politische Linie und Verhältnisse der Personen zueinander (Rivalitäten, Freundschaften) mitgeteilt.

Außerdem beschrieb Asbeck dem BND Lage und Nutzung zahlreicher konspirativer Objekte des MfS, die Postkontrolle durch das MfS, den Aufbau eines IM-Netzes des MfS im westlichen Ausland, den operativen Reiseverkehr (Avisierung) und anderes MfS-Insiderwissen.

Aus den vorliegenden Akten zur Zusammenarbeit des BND mit Asbeck wird einerseits der Kenntnisstand des BND zum Bereich KoKo vor seinem Kontakt zu Asbeck und andererseits der enorme Wissensgewinn für den BND durch Asbecks Informationen deutlich.

Asbeck berichtete dem BND über den Bereich KoKo

"Im MAH-Bereich KoKo unter Leitung von Staatssekretär Dr. Schalck werden von den nachgeordneten Unternehmen sowohl 'planmäßig' Finanzmittel erwirtschaftet, als auch im Rahmen sogenannter Sondergeschäfte Finanztransaktionen getätigt. Die 'planmäßigen' Finanzen werden von Unternehmen eingebracht, die

1. dem Staatssekretär voll unterstehen und deren Erlöse Schalck direkt zufließen, und
2. Schalck nur zur fachlichen Aufsicht untergeordnet sind und deren Gewinne anderen Empfängern zukommen.

Zu 1:

Folgende Institutionen haben mit Ablauf des Jahres 1981 an Schalck abzuführen:

- Intrac Handelsgesellschaft	450-500 Mill. DM
- Forum Handelsgesellschaft	300-320 Mill. DM
- Zentralkommerz GmbH	80-100 Mill. DM
- Transinter GmbH	130-150 Mill. DM
- Berliner Import Export GmbH	140-160 Mill. DM
- Freie Vertreter (Asimex, Gerlach, Forger)	70- 80 Mill. DM

Das bedeutet für 1981 ein bei Schalck auflaufendes Finanzvolumen von 1,2 - 1,3 Mrd. DM... Die an Schalck abgeführten Finanzen in Höhe von 1,2 - 1,3 Mrd. DM werden je nach Bedarf von Mittag, Mielke und Raab abgerufen (gleiche Priorität). Das restliche Finanzaufkommen dient als 'strategische Reserve' zur Bewältigung von unerwartet auftretenden Problemen (z.B. Notwendigkeit des Einkaufs westlicher Steinkohle wegen Wegfalls der Polen-Lieferungen)." (MAT A 164, Bd. I, 52 BY-271181-02, S. 98)

Diese Größenordnungen hat Schalck-Golodkowski im Frühjahr 1990 gegenüber dem BND bestätigt.

*1. Der von Staatssekretär Dr. Schalck geleitete Bereich KoKo im MAH hat folgende Hauptaufgaben:

- Beschaffung von Valutamitteln zur Finanzierung der innen- und außenwirtschaftlichen Pläne Honeckers
- Anlegung finanzieller Ressourcen zur Beseitigung von Engpässen in der Versorgung der Bevölkerung
- Bereitsstellung von Valutamitteln für die Versorgung der Politbüromitglieder in Wandlitz
- Finanzierung und Abwicklung von Rohstoffimporten
- finanzielle Sicherung der kommunistischen Parteien im NSW
- Einsatz finanzieller und personeller Mittel zur Lösung politischer und ökonomischer Probleme in Afrika (derzeit mit Schwerpunkt Angola, Mosambique, Äthiopien und Jemen)
- zur Verfügstellung des KoKo-Apparates für Aufgaben des MfS (weltweit)

2. Dr. Schalck ist zwar formell dem Minister für Außenhandel unterstellt, erhält seine Weisungen jedoch von Mittag (Wirtschaft), Axen (Politik) und Mielke (MfS) direkt. Der Bereich wird überwiegend nach den Grundsätzen westlichen Managements geführt, wobei Effektivität und

Produktivität oberste Maxime darstellen. Schalck ist - nach vorhergehender Abstimmung mit der Staatssicherheit - in seinen Personalentscheidungen völlig ungebunden und gewährt seinen Untergebenen weitgehende Handlungsfreiheit.

3. Der Bereich KoKo erwirtschaftet jährlich einen Gewinn von ca. 1,2 Milliarden Valuta-Mark; hinzukommen erhebliche Beträge aus 'Sondereinnahmen'..." (MAT A 164, Bd. I, 52 BY-101281-03, S. 181)

Asbeck berichtete dem BND u.a. über folgende Firmen

- Berag; (MAT A 164, Bd. II, S. 364)
- Bieg; (MAT A 164, Bd. I, S. 114f (schlecht lesbar); MAT A 164, Bd. II, S. 231)
- Camet; (MAT A 164, Bd. I, S. 188)
- Delta; (MAT A 164, Bd. II, S. 363)
- Forum; (MAT A 164, Bd. I, S. 202, 237-238; MAT A 164, Bd. II, S. 332)
- Intrac; (MAT A 164, Bd. I, S. 157, 254 (schlecht lesbar); MAT A 164, Bd. II, S. 1f, 351f, 356, 358f, 360)
- Interport; (MAT A 164, Bd. I, S. 204f; MAT A 164, Bd. II, S.315f)
- Kunst&Antiquitäten; (MAT A 164, Bd. II, S. 73)
- Letex; (MAT A 164, Bd. I, S. 178-180; MAT A 164, Bd. II, S. 238f)
- Transinter; (MAT A 164, Bd. II, S. 5, S. 128 (Organigramm))
- Zentralkommerz; (MAT A 164, Bd. II, S. 6).

Schalck als hauptamtlicher MfS-Mitarbeiter

"Schalck ist hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS.

(Anmerkung: Mit Qu. wurde der Unterschied zwischen inoffizieller Mitarbeiter und hauptamtlicher Mitarbeiter sowie die Definition der verschiedenen Begriffsinhalte 'Offizier im besonderen Einsatz'(OibE) besprochen.)

Qu. bleibt bei seiner Feststellung, daß Schalck hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS ist und zur Wirtschaft versetzt wurde. Das ist auch ein Grund, weshalb Schalck nicht Mitglied des ZK ist. Schalck ist von seiner Ausbildung her Wirtschaftler mit abgeschlossenem Hochschulstudium, sein Doktor-Titel ist ihm allerdings 'geschenkt' worden.

Er ist vor ca. 10-12 Jahren vom MfS zum MAH versetzt worden. Er kann durchaus vom MfS jederzeit - entsprechend seiner Ausbildung - auch woandershin versetzt werden. Er kann aber nicht eine andere Funktion im Staatsapparat übernehmen, weil er MfS-hauptamtlicher Mitarbeiter ist." (MAT A 164, Bd.I, 52 BY 14128106, S. 196)

Schalck als größter "Tipper" und Informant der HVA

"Simon' (Goldenberg, Anm. d. Verf.) wurde stets von General Fruck als vorbildlich für die nachrichtendienstliche Tätigkeit zugunsten der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) hingestellt. Aus diesem Grunde war Fruck ein persönlicher Förderer des 'Simon', den er auch seinem Freund und Mitstreiter Alexander Schalck wärmstens ans Herz legte. Wegen seiner Erfolge auf den zwei Strängen - Wirtschaft und MfS - hat Schalck heute, nach der Pensionierung Frucks, auch seine unangreifbare Position, wie sie zuvor Fruck hatte, bei Mittag und Mielke. Es verging keine Leipziger Messe, an der nicht Fruck und Schalck gemeinsam oder auch Schalck oder Fruck alleine am Stand des 'Simon' erwartet und empfangen wurden... Bei Schalck war zeitweilig sein Stellvertreter Manfred Seidel, Oberst im MfS und zuständig für die Firmenführung, zugegen. Hier ist der Zusammenhang erkenntlich, weshalb Schalck auch immer als der größte 'Tipper' und 'Informant' der HVA als leuchtendes Beispiel vorgestellt wurde. Er wurde auch anderen DDR-Außenhändlern als Vorbild und Maßstab für positive Zusammenarbeit mit der HVA vorgehalten. Unter 'Tipper' ist rein nachrichtendienstliche Tätigkeit aufgrund seiner geschäftlichen Verbindungen und Möglichkeiten zu verstehen." (MAT A 164, Bd. II, 12 BC 190482 03, S. 295)

Schalck "Meinungsforschung" im Politbüro für Mielke

"Der Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel (MAH) der DDR, Dr. Schalck-Golodkowski betreibt regelmäßig 'Meinungsforschung' zu aktuellen Politbürovorlagen in seinem eigenen Bereich, aber auch bei ihm bekannten Spitzenfunktionären, wie z.B. Politbüromitglied Harry Tisch. Das Ergebnis dieser 'Umfragen' teilt Schalck-Golodkowski anschließend direkt dem Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, mit, der damit bei den allwöchentlichen Beratungen des Politbüros über einen entsprechenden Wissensvorsprung verfügt. Diese direkte Zusammenarbeit verhindert jedoch nicht, daß es auf den nachgeordneten Ebenen im Bereich Kommerzielle Koordinierung im MAH immer wieder zu Flügelkämpfen zwischen der MfS-Abwehr und der MfS-Aufklärung kommt." (MAT A 164, Bd. II, 12 BA1 860909 001, S. 365)

Mithilfe von KoKo bei der Anwerbung von Bundesbürgern für die HVA

Asbeck berichtete dem BND:

"Als eine weitere erfolgversprechende Operationsbasis sieht das MfS internationale Jugendtreffen inner- und außerhalb der DDR an. Im weiteren erhofft das MfS, sowohl die ökologische Bewegung und Friedensbewegung in der BR Deutschland als auch internationale Kongresse als op. Basis für die Gewinnung von Einflußagenten nutzen zu können."

Für die Gewinnung dieser Personengruppe solle der Bereich KoKo genutzt werden:

"Die führenden Leute von KoKo und den nachgeordneten Firmen hatten den Auftrag, Tips der genannten Zielpersonen - hier Westbürgern - zu geben und Kontakte, die Firmenangehörige zu den genannten Zielpersonen hatten, über Achim Kahlmeyer ... an das MfS weiterzuleiten zur op. Personenforschung. Es sollte u.a. auch die Gesinnung der Zielpersonen genannt werden, die Person sollte beschrieben werden und ihr Umfeld bzw. ihr Zugangsbereich abgeklärt werden. Interessant erscheinende Zielpersonen sollten angeworben werden, um dann zielgerichtet für die Interessenlage der HVA im Westen aufgebaut zu werden.

Zur gleichen Thematik gehört auch noch, daß die in dieser Weise von KoKo und nachgeordneten Firmen für das MfS getippten Personen nicht mehr (bei Reisen in die DDR) unter Abwehrgesichtspunkten beurteilt und bearbeitet werden, sondern daß in jüngerer Zeit - wegen der Interessenlage der HVA und den besonderen Beziehungen von Markus Wolf zu Schalck - offensive Gesichtspunkte das Übergewicht erhalten haben, d.h. die Gewinnung von neuen nachrichtendienstlichen Verbindungen." (MAT A 164, Bd. I, 52 BY 141281 05, S. 194)

Forum-Direktor Horst Steinert

"Insbesondere natürlich bearbeitet er jeden Forum-Kunden nachrichtendienstlich. Er schreibt zweifach Berichte, einmal mit wirtschaftlichem Hintergrund für Schalck und einmal mit ND-Hintergrund für seine diesbezüglichen Auftraggeber Geschäftsleute, die für ihn nachrichtendienstlich interessant sind, stellt er Werner Grossmann vor... Er hat auch an dem politischen Freundeskreis des Hamburger Industriellen Körber wiederholt teilgenommen, um Personen des politischen Lebens für das MfS auszuforschen. So nimmt er auch häufig an internationalen Kongressen, Tagungen, Konferenzen politischer und wirtschaftlicher Art ... unter geschäftlichem Vorwand teil, um zielgerichtet Westpersonen auszuforschen... Eingeschleust wurde Steinert beim Min.f.Außenhandel vor Jahren von General Fruck (etwa 1968/1969 über Schalck)... Steinert selbst führt einige westdeutsche und ausländische Verbindungen. Unter anderem Lünemann (gemeint ist Lüdemann, Anm. d. Verf.): L. ist IM des MfS für Steinert (und damit im Hintergrund für Grossmann, Karl) ... eine weitere Person, die Steinert führt, ist Blume: Ca. 35-38 Jahre alt, mind. 186 cm groß, wohnhaft in Berlin-West, Juniorchef und jetzt Nachfolger eines älteren Herrn, der seit ca. 30 Jahren für die DDR auf dem Import-Exportsektor arbeitet und von Karl Grossmann über Steinert geführt wird... Eine dritte Verbindung, die Steinert führt, ist eine Person - Inhaber oder Prokurist möglicherweise - bei einer Textilfirma Kübler im süddeutschen Raum, etwa bei Stuttgart. Näheres dazu ist unbekannt. Darüberhinaus führt Steinert persönlich weitere westdeutsche Verbindungen, über die aber mangels Kenntnis keine Einzelheiten ausgesagt werden können. Schalck ist voll über die schwerpunktmäßige Arbeit Steinerts für das MfS orientiert. Er duldet, daß Steinert seine Aufgaben fachlich natürlich nicht erfüllen kann. Schalck ist schließlich der, der den MfS-